

## **Änderungsantrag**

**der Abgeordneten Alexander Bonde, Priska Hinz (Herborn), Sven-Christian Kindler, Stephan Kühn, Fritz Kuhn, Winfried Hermann, Dr. Hermann Ott und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

**zu der zweiten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung  
– Drucksachen 17/2500, 17/2502, 17/3522, 17/3524, 17/3525 –**

**Entwurf eines Gesetzes  
über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2011  
(Haushaltsgesetz 2011)**

**hier: Einzelplan 60  
Allgemeine Finanzverwaltung**

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Absenkung in Kapitel 60 02 Titel 531 02 „Maßnahmen zur Klimaneutralisierung von Dienstreisen der Bundesregierung und des Deutschen Bundestages“ wird zurückgenommen. Der Titel verbleibt auf 4 210 000 Euro, die Verpflichtungsermächtigungen verbleiben auf 3 368 000 Euro (davon fällig im Haushaltsjahr 2012 1 368 000 Euro und im Haushaltsjahr 2012 2 000 000 Euro).

Berlin, den 23. November 2010

**Renate Künast, Jürgen Trittin und Fraktion**

### **Begründung**

Mit Beschluss des Bundeskabinetts vom 28. Februar 2007 hat die Bundesregierung festgelegt, die Treibhausgasemissionen im eigenen Geschäftsbereich im Zeitraum von 2008 bis 2012 um 30 Prozent im Vergleich zum Basisjahr 1990 zu reduzieren. Dafür ist es erforderlich, die Dienstreisen der Mitglieder und Beschäftigten der Bundesregierung klimaneutral zu stellen. Der Ältestenrat des Deutschen Bundestages hat am 29. Mai 2008 beschlossen, dem Vorbild der Bundesregierung zu folgen und auch seine Dienst- und Mandatsreisen klimaneutral zu stellen. Das bedeutet, dass die bei unvermeidbaren Dienstflügen und Dienstfahrten mit dem Pkw produzierten Treibhausgase an anderer Stelle eingespart werden, indem im Haushalt bereitgestellte Mittel in Klimaschutzprojekte investiert werden. Mit der Absenkung in Kapitel 60 02 Titel 531 02 „Maßnahmen zur

Klimaneutralisierung von Dienstreisen der Bundesregierung und des Deutschen Bundestages“ im Einzelplan 60 wird die Neutralisierung der durch Dienstreisen verursachten Treibhausgasemissionen faktisch beendet. Die noch verfügbaren Mittel reichen nur aus, um die Kompensation der prognostizierten Reisen der Jahre 2007, 2008 und 2009 in vertraglich vereinbarten Klimaschutzprojekten vorzunehmen. Die Kürzung der Mittel und die Streichung in den Folgejahren beendet eines der wichtigsten Projekte, mit dem die Politik ihrem Vorbildcharakter in Sachen Klimaschutz gerecht zu werden versucht. Dies widerspricht überdies dem klimaschutzpolitischen Zielen der Bundesregierung. Die Kürzung ist daher abzulehnen.